

Federführung:

70-Verwaltung, Umwelt

Produkt:

10.05 Repräsentation und Partnerschaften

70.07 Umweltschutz

Datum:

24.11.2022

Beratungsfolge:

Sitzungsdatum:

Umweltausschuss

07.12.2022

Vorberatung

Haupt- und Finanzausschuss

15.12.2022

Vorberatung

Rat der Stadt Coesfeld

22.12.2022

Entscheidung

## Unterzeichnung des Manifests: Mehr lokales Personal für den Klimaschutz

### Beschlussvorschlag:

Die Stadt Coesfeld unterzeichnet das Manifest für mehr Personal im kommunalen Klimaschutz.

### Auswirkungen auf die Finanzrechnung (in EUR):

Gesamtkosten der Maßnahme	Objektzuschüsse (Zusch. Beiträge)	Sonstige Einzahlungen	Eigenanteil
/	/	/	/

### Auswirkungen auf die Ergebnisrechnung (in EUR):

Jährlich (Gesamtdauer = \_\_\_\_\_ Jahre)

Nur Haushaltsjahr(e) \_\_\_\_\_

Leistungsentgelte	
Kostenerstattungen	
sonstige Erträge	
<b>Summe der Erträge</b>	/
Personalaufwendungen	
Aufw. für Sach- u. Dienstleistungen	
Abschreibungen (netto, d. h. nach Auflösung SoPo)	
sonstige Aufwendungen	
<b>Summe der Aufwendungen</b>	/
<b>Überschuss ( + ) / Defizit ( - )</b>	/

## Sachverhalt:

Die Kampagne „More local staff for the climate“ wurde vom Netzwerk *Energy Cities*, einer Vereinigung von mehreren Hundert Städten und Regionen in 30 europäischen Ländern zur Stärkung der regionalen und kommunalen Zukunftsfähigkeit, ins Leben gerufen. Finanziert wird die Kampagne von der European Climate Foundation.

Die Kampagne enthält als Kernbestandteil ein Manifest, welches mehr kommunales Personal für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen fordert. So schlagen die Unterzeichner:innen des Manifests den EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission Maßnahmen vor, um den Städten das für ihre Klimaziele erforderliche Personal bereit zu stellen.

Das Manifest beinhaltet folgende Begründung für die Forderung: „Um ihre Klimaneutralitätsziele zu erreichen, benötigen die EU und ihre Mitgliedstaaten starke kommunale Dienstleistungen, insbesondere im Energiebereich. Um den Planeten ‚lebenswert‘ zu halten, muss die Kurve der Treibhausgasemissionen laut jüngstem IPPC-Bericht innerhalb von 3 Jahren umgekehrt werden. Die Schlussfolgerung ist einfach: Wir müssen jetzt handeln und den regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften die Möglichkeit geben, ihre Pläne für die Energiewende zu überdenken, zu entwickeln und umzusetzen. Europäische und nationale Behörden wirken durch sie bei der Umsetzung von Plänen für den Klimaschutz. Daher ist es dringend notwendig, den Kommunen die Mittel, insbesondere Personal, zur Verfügung zu stellen, um den Prozess der Dekarbonisierung ihrer Gebiete in der richtigen Größenordnung einzuleiten.“

Weiterhin heißt es: „Wir fordern die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission nachdrücklich auf,

1. die Finanzierung von kommunalen öffentlichen Stellen zu gewährleisten,
2. attraktivere Arbeitsplätze zu schaffen und die lokale Bündelung von Fachwissen zu unterstützen,
3. Schulungs- und Umverteilungsprogramme zur Kompetenzsteigerung des Personals in kommunalen und verwandten lokalen öffentlichen Einrichtungen bereitzustellen und
4. einen Rahmen bereitzustellen, der es den Kommunalregierungen ermöglicht, ihren eigenen grünen Haushalt, Investitionen und Arbeitskräfte zu entwickeln.“

Das vollständige Manifest kann unter [www.localstaff4climate.eu](http://www.localstaff4climate.eu) eingesehen werden.

Bisher unterstützen rund 60 Akteure in verschiedenen europäischen Ländern die Kampagne mit ihrer Unterschrift. In Deutschland hat bisher die Stadt München das Manifest unterzeichnet, sodass die Stadt Coesfeld mit ihrem Profil als Kreisstadt im ländlichen Raum hier eine Vorreiterinnenrolle einnehmen kann.

Die Stadt Coesfeld sollte die Kampagne unterstützen, da die Kommunalverwaltungen beim Umgang mit den diversen Krisen unserer Zeit an vorderster Front stehen. In Bezug auf die Klimakrise gibt es jedoch Probleme, die benötigten personellen Ressourcen einzustellen bzw. zu qualifizieren. Dies ist vor allem auf folgende Hindernisse zurückzuführen: begrenzter Haushalt, strenge Vorschriften für die Kreditaufnahme der Kommunen sowie die geringe Attraktivität der Arbeitsplätze.

Eine vor kurzem in den Niederlanden durchgeführte Studie kam zu dem Ergebnis, dass sich der Personalbedarf der Kommunen im Bereich Klimaschutz gegenüber der derzeitigen Kapazität mehr als verdoppeln, im Falle kleinerer Städte sogar verdreifachen wird.

Die Erfahrung mit Stellen im kommunalen Klimaschutz zeigt, dass diese sehr häufig über befristete Förderprogramme finanziert werden, sodass nur befristete Stellen ausgeschrieben werden können. Weiterhin ist die Bewilligungspraxis der Fördermittelgeber:innen sehr kurzfristig und birgt hohe Unsicherheit. Dies ist für gut ausgebildete Fachkräfte unattraktiv und führt zu häufigen Personalwechseln und Vakanzen. Attraktive Arbeitsplätze sind unabdingbar, um trotz des Fachkräftemangels Personal zu gewinnen und so beispielsweise die Bearbeitung der Themen Klimaschutz und -anpassung in Bereich Stadtplanung bei der Stadt Coesfeld wieder zu

ermöglichen. In Anbetracht zusätzlicher Aufgaben, wie beispielsweise der Kommunalen Wärmeplanung, braucht es zeitnah qualifiziertes Personal.

Hinzu kommt, dass in Anbetracht der Dringlichkeit der Klimakrise das Thema Klimaschutz in allen Fachbereichen und Teams mitgedacht und umgesetzt werden muss. Dafür bedarf es einer Qualifizierung aller Mitarbeitenden über geeignete Programme.

Auch wirtschaftlich ist die Stärkung des kommunalen Klimaschutzes wünschenswert, da durch die Mobilisierung der Gesellschaft und die Initiierung von Dekarbonisierungsstrategien hohe Investitionssummen freigesetzt und Arbeitsplätzen geschaffen werden.